

Neuer Flug bringt gefährdete Afghanen nach Berlin - Diskussion entfacht!

Charterflüge bringen gefährdete Afghanen nach Berlin. Kritiker fordern Abschiebungen, während die Regierung Verantwortung übernimmt.



Berlin, Deutschland - In den letzten Wochen hat Deutschland erneut Charterflüge organisiert, um gefährdete Afghanen nach Berlin zu holen. Am 5. März 2025 landete ein Flugzeug mit 132 Afghanen aus Islamabad, die eine Aufnahmezusage von Deutschland erhalten hatten. Diese Personen, darunter auch ehemalige Ortskräfte und ihre Familien, sind von den Taliban verfolgt worden, wie ein Sprecher des deutschen Innenministeriums bestätigte. Ein vorheriger Flug am 25. Februar brachte bereits 155 Afghanen in die Hauptstadt, wobei mehr als die Hälfte ebenfalls Teil des Bundesaufnahmeprogramms für besonders gefährdete Personen war, berichtet **oe24**.

Die politische Reaktion auf die Rückkehr der Flüge ist geteilt. Während die SPD die Verantwortung Deutschlands für die evakuierten Ortskräfte verteidigt, wächst der Druck aus der Union, die Flüge zu beenden. Unionsfraktionsgeschäftsführer Thorsten Frei forderte in einem Interview mit **t-online** mehr Abschiebungen nach Afghanistan. Kritiker innerhalb der CDU und CSU werfen der Bundesregierung vor, die Aufnahmeprogramme für Wahlkampfzwecke ausgesetzt und danach wiederbelebt zu haben. Sachsens Innenminister Armin Schuster spricht von einer „bemerkenswerten Unverfrorenheit“ der Bundesregierung und fordert ein sofortiges Stoppen der Aufnahmeprogramme.

Derweil äußerten sich auch andere Politiker wie der frühere Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour, der die Kritik an den Rückführungen als „unanständig“ bezeichnete und die Politik der Abschiebungen hinterfragte. Während die Debatten über die Aufnahme und Abschiebung von Afghanen weitergehen, bleibt die Situation für viele gefährdete Afghanen in Pakistan angespannt, wo sie auf ihre Einreise nach Deutschland oder andere westliche Staaten warten müssen. Die bundesdeutsche Regierung sieht sich sowohl innenpolitischem Druck als auch der humanitären Verantwortung gegenüber den betroffenen Personen ausgesetzt.

Details	
Vorfall	Migration
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.oe24.at• www.t-online.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at